

Die Gründung des Instituts

Zeitungswissenschaft und Universität

Die Kommunikationswissenschaft ist ein junges akademisches Fach – ein Fach, dessen Existenzberechtigung im Rahmen der Universität von Anfang an umstritten war. Nationalökonom, Historiker, Juristen und Literaturwissenschaftler hatten zwar schon im 19. Jahrhundert wissenschaftlich über die Presse und ihre Wirkungen nachgedacht, aber nicht versucht, diese Beschäftigung auszubauen und eine eigenständige Disziplin zu gründen.

Motor: Verleger und Journalisten

Der entscheidende Anstoß kam von außen, von den Berufsverbänden (vor allem von den Verlegern, teilweise auch von den Journalisten). Hauptmotiv war die Produktion von Prestige. Akademische Ausbildungsmöglichkeiten für Journalisten und die Etablierung einer Wissenschaft von der Zeitung sollten das Ansehen des Berufsstandes und der Presse heben.

Widerstand der etablierten Fächer

Die Universitäten reagierten mit Skepsis. Dahinter steckte die Sorge, vor der Massengesellschaft zu kapitulieren, die Angst, etwas wie die „Generalanzeiger“, die Anstalten der „Volksverumdummung“, aufzuwerten. Dazu kam ein Wissenschaftsverständnis, das Akademiker zu einer „Regierung über den Parteien“ erhob. Vor allem Historiker und Nationalökonom haben sich als Politikberater gesehen und die Presse als Konkurrenten wahrgenommen beim Einfluss auf die öffentliche Meinung. Auf der einen Seite, in der Gelehrtenstube, entstand nach dieser Auffassung die „wahre öffentliche Meinung“, mit historischem Wissen untermauert und deshalb für einen Staatsmann unverzichtbar. Auf der anderen Seite, in den Tageszeitungen, spiegeln sich dagegen die Meinungen und Stimmungen der breiten Volksschichten – schwankend, manipulierbar, interessengeleitet. Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts war „Journalistendeutsch“ eines der schärfsten Schimpfwörter in der Gelehrtenwelt.



Die „Berliner Morgenpost“, Photostamp der Generalanzeiger-Presse. Quelle: Mendelsohn 1982.

Gründung des ersten Instituts in Leipzig

Es ist kein Zufall, dass der Nationalökonom Karl Bücher (1847 bis 1930) in Leipzig diese Hindernisse als erster überwinden konnte. Büchers Interesse an der Presse hatte bei den Kollegen zwar Kopfschütteln ausgelöst, seinen Ruf als Gelehrter von Rang aber nicht beeinträchtigt. Als er 1915 die Gründung eines Instituts für Zeitungskunde vorschlug, hatte er einen Geldgeber (den Zeitungsvorleger Edgar Herfurth) und vaterländische Argumente. Bücher war der Meinung, dass die deutsche Presse in den ersten Kriegsjahren versagt und die Öffentlichkeit in den neutralen Ländern gegen Deutschland aufgebracht habe. Er forderte, die Journalisten mit öffentlichen Mitteln zu erziehen und so die Presse „sittlich“ zu heben.



Karl Bücher hat die Zeitungskunde als Hochschulfach begründet. Foto: Starck/Wagner 1981, Blatt 3.

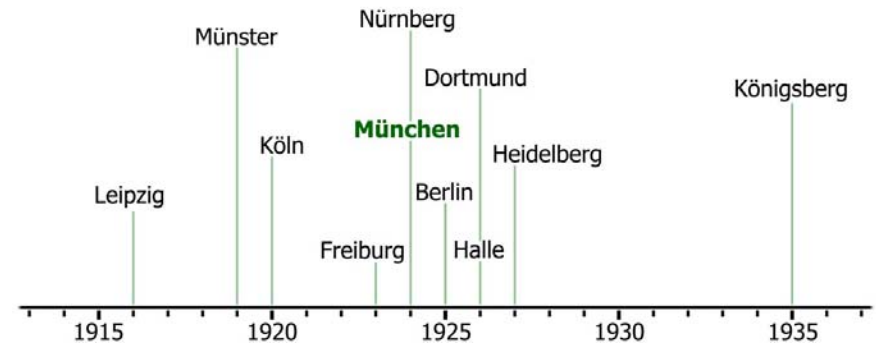
Das Fach in der Weimarer Republik

Diese Argumentation hat ab 1919 zu einer ganzen Reihe von Institutsgründungen geführt. Anders als etwa bei der Soziologie, die zur gleichen Zeit an den deutschen Universitäten heimisch wird, gab es allerdings keinen wissenschaftlichen Unterbau: keine Handbücher, keine Periodika, keine internationale Vernetzung – nichts, was auf ein Fach „Zeitungswissenschaft“ hätte hindeuten können. Das Wort „Institut“ ist zudem ein Euphemismus. Der Staat hielt sich bei der Finanzierung, vorsichtig ausgedrückt, merklich zurück. Die personelle und finanzielle Ausstattung war nicht einmal bescheiden. Hauptgeldgeber waren Berufsverbände, Pressestellen und Kommunen. Wie die Entstehung aus pragmatischen Gründen und ohne theoretische Grundlagen hatte die unsichere Situation der Institute Folgen für die Ausrichtung des Faches. Das Hauptinteresse galt der wirtschaftlichen Absicherung. Die Notwendigkeit, sich wissenschaftlich zu rechtfertigen, führte zum dogmatischen Beharren auf der Eigenständigkeit der Zeitungswissenschaft. Dies war in der Kürze der Zeit nur möglich, indem die Exklusivzuständigkeit für das Materialobjekt Zeitung reklamiert wurde. Der Dialog mit Nachbar-disziplinen wurde ebenso vernachlässigt wie andere Formen der öffentlichen Kommunikation und andere Gegenstände wie etwa Öffentlichkeit und öffentliche Meinung oder die Wirkung der Presse auf die Leser.

Ideologisierung und belasteter Neustart

Zumindest auf institutioneller Ebene gelang der Zeitungswissenschaft im Dritten Reich der Durchbruch. Karl d'Esters außerordentliche Professur wurde in eine ordentliche umgewandelt und die Zeitungswissenschaft bekam in München das Promotionsrecht. An der Nähe zur Politik wäre das Fach fast kaputt gegangen. Nach 1945 gab es keinen unbelasteten Nachwuchs und die Hochschulen hatten die Eingriffe der Politik nicht vergessen. Hans Bohrmann hat den Fachvertretern um Karl d'Estern, Emil Dovifat (Berlin) und Walter Hagemann (Münster) vorgeworfen, die „wissenschaftliche Erneuerung“ versäumt und den „Exitus des Faches riskiert“ zu haben. Die „sozialwissenschaftliche Wende“ wurde erst Anfang der 60er Jahre durch die Berufungen von Fritz Eberhard (Berlin), Henk Prakke (Münster), Otto B. Roegel (München) und Elisabeth Noelle-Neumann (Mainz) angestoßen.

Institutsgründungen fast im Jahrestakt: Ein neues Fach etabliert sich



In der Zeit der Weimarer Republik kam es zu einer ganzen Reihe von Institutsgründungen. Bis auf Leipzig, das 1936 eine ordentliche Professur bekam, konnte sich keine der Einrichtungen auf das klassische Ordinariat stützen. Für die Leipzig wurden Honorarprofessoren, Lektoren, außerordentliche Professoren oder Ordinarien anderer Fächer (etwa Juristen oder Historiker) gewonnen.

Die Anfänge des Münchener Instituts: Kein Geld, keine Räume, kein Personal

In München wurde die erste planmäßige Professur für Zeitungswissenschaft in Deutschland errichtet. Karl d'Estern (1881 bis 1960) erhielt die Ernennung zum 1. Februar 1924. Das Leipziger Institut gab es da zwar schon, aber der Gründer und Leiter Karl Bücher war bereits emeritiert und bekam erst 1926 mit Erich Everth (1878 bis 1934) einen „ordentlichen“ Nachfolger. Allerdings hatte das Fach in Leipzig bereits seit 1921 das Promotionsrecht. Die anderen deutschen Universitäten zogen hier erst ab 1933 nach. Vorher konnte d'Estern zwar Dissertationen betreuen, wurde aber nicht als offizieller Gutachter bestellt. Die Studenten mussten sich außerdem in einem zweiten Hauptfach prüfen lassen (etwa „Philosophie in Verbindung mit Zeitungswissenschaft“).

ster als erster Privatdozent des Faches arbeitete (Lehrbefugnis: „Historische Zeitungskunde und Geschichte der öffentlichen Meinung“).

Professur ja, Ausstattung nein

Auch wenn der neue Extraordinarius in der Fachpresse aus verständlichen Gründen optimistische Berichte über sein Institut veröffentlichte: Die Verhältnisse waren katastrophal. 1931 beklagte d'Estern in einer Denkschrift an das Bayerische Kultusministerium das Fehlen jeglicher Unterstützung. 1924 und 1925 hatte das Institut jeweils nur einen Zuschuss von 300 Mark erhalten. Auch die Erhöhung auf 2000 Mark im Jahre 1926 reichte nicht einmal, um Zeitungen und Zeitschriften binden zu lassen.

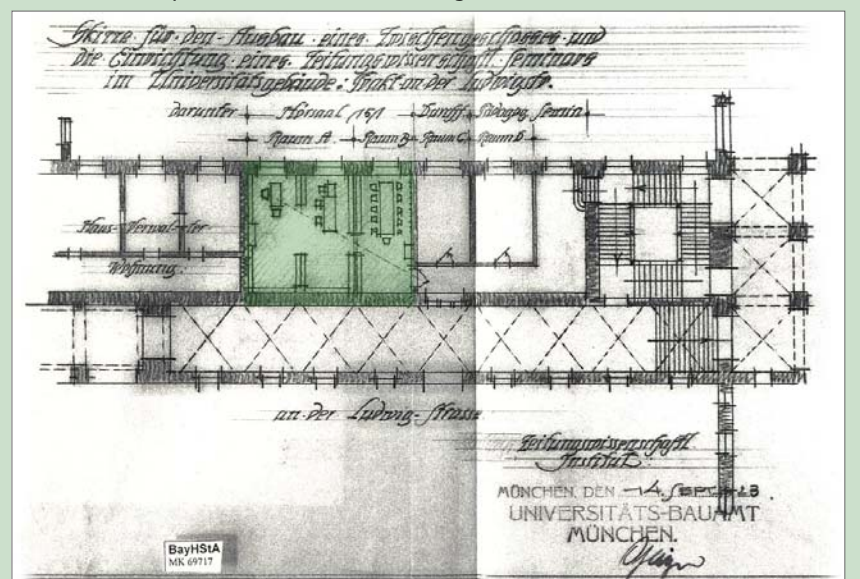
Finanzbedarf (1931) und Haushalt des Instituts

Jahr	Haushalt	Kosten für	
1924	300 M	Zeitungen, Zeitschriften	1.500 M
1925	300 M	Sachausgaben, Büro	400 M
1926/28	2.000 M	Bibliothek	1.000 M
1929	1.900 M	Anschauungsmaterial	300 M
1930	1.710 M	Summe	3.200 M

Quelle: Karl d'Estern: Denkschrift des Instituts für Zeitungsforschung an der Universität München, 1931

Bücher wurden über Spenden des Verlegerverbandes bezahlt und aus der Tasche des Professors. Ohne d'Esters Privatbibliothek und seine Sammlung von Zeitungsausschnitten wäre kein Lehrbetrieb möglich gewesen. Nicht besser sah es bei den Räumen und beim Personal aus. Das Institut saß in einem Hörsaal, der durch Holzwände in drei kleine Räume aufgeteilt wurde. D'Estern sprach in der erwähnten Denkschrift von einer „Verschwendung von Kräften“, da er „nicht nur Vorstand, sondern auch noch Archivar, Bibliothekar, Schreiber und Ordnungsmann in einer Person sein soll“. Bei 143 Seminarteilnehmern (1930) war an geregelte Arbeit nicht zu denken.

Nur auf dem Papier realisiert: Ein Zwischengeschoss für das d'Estern-Institut



Das zeitungswissenschaftliche Institut müsse provisorisch in Hörsaal 151 untergebracht werden, schrieb ein Mitarbeiter des Münchener Universitätsbauamtes am 23. September 1923 an den Verwaltungsausschuss der Universität. Es sei aber ein „weiterer Ausbau eines Zwischengeschosses zwischen Erd- und 1. Obergeschoss“ im nördlichen Trakt an der Ludwigstraße geplant (siehe Bauzeichnung). Dort könne das Institut dann „nach Vollendung der Bauarbeiten im Herbst 1924“ endgültig untergebracht werden. Durch den Umbau sollten vier Räume gewonnen werden. Für die Räume A und B (grün) ist in den Plänen eine Fläche von insgesamt 90 Quadratmetern angegeben. Das Papier war allerdings gedruckt. Der Umbau fand nie statt, und das Institut verblieb bis 1934 in seinem Hörsaalprovisorium. Quelle: Bayerisches Hauptstaatsarchiv.